

## Beschluss

### der Jahreshauptversammlung am 21. April 20201



Auguste-Viktoria-Straße 16  
24103 Kiel

Tel.: 0431 / 55 20 65  
Fax: 0431 / 5 17 84

info@landesfrauenrat-s-h.de  
www.landesfrauenrat-s-h.de

### **Bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit und politischer Teilhabe schaffen**

Der LandesFrauenRat Schleswig-Holstein (LFRSH) fordert die Kreis- und Gemeindeordnung des Landes Schleswig-Holstein dahingehend zu ändern, dass es Kreistags- und Ratsmitgliedern ermöglicht wird, ihr politisches Amt im begründeten Fall (z.B. auf Grund von Sorgeverpflichtungen, eingeschränkter Mobilität, o.ä.) auch per Videozuschaltung zu Rats- und Kreistagssitzungen, sowie Ausschusssitzungen auszuüben. Die Möglichkeit zur Ausübung ihres Stimmrechts soll auch bei der Zuschaltung per Videokonferenz gewahrt sein. Dies gilt auch bei nichtöffentlichen Teilen von Sitzungen und gilt ebenso für das Stimmrecht von bürgerlichen Mitgliedern in Ausschusssitzungen.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass es möglich ist von der etablierten Präsenzkultur in politischen Gremien Abstand zu nehmen und stattdessen die Arbeitsfähigkeit von kommunalen Selbstvertretungen und auch anderen Strukturen unserer repräsentativen Demokratie per Videokonferenz sicherzustellen. Dies war ein wichtiger Schritt in unseren Zeiten Vertrauen in unser Regierungssystem zu stärken.

Nun gilt es aber einen Schritt weiterzugehen und die pandemische Ausnahmeregel zu einem grundsätzlichen Recht der oder des Einzelnen zu machen!

Väter und Mütter, insbesondere die von Säuglingen und Kleinkindern, stehen vor der Herausforderung die Erwerbs- und Sorgearbeit mit ihrem politischen Ehrenamt zu vereinbaren und fordern hierfür neue Möglichkeiten ein. Die Debatten um die Anwesenheit von Säuglingen während politischer Sitzungen (#babygate) bzw. parlamentarischen Debatten haben gezeigt, dass wir keine zeitgemäßen Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und politischer Tätigkeit haben. Zeitgleich wird das politische Ziel der Gleichstellung der Geschlechter formuliert und die Forderung nach mehr Frauen in der Politik erhoben. Hierfür müssen Strukturen verändert werden.

Die Möglichkeit per Videokonferenz an Sitzungen teilzunehmen und ihr Stimmrecht auszuüben, ermöglicht es Eltern ihr politisches Engagement besser mit dem Familienleben vereinbaren zu können. Auch Menschen, die sich zuhause um zu pflegende Angehörige kümmern oder die nur eingeschränkt mobil sind (z.B. auf Grund eines Handicaps) könnten von einer solchen Regelung profitieren und somit für vielfältigere Perspektiven in politischen Gremien sorgen.

Gerade für junge Frauen und Männer wäre die virtuelle Teilnahme eine wichtige Maßnahme sich in der sogenannten Rushhour des Lebens politisch zu engagieren. Die bisherigen Angebote wie die Kostenübernahme der Kinderbetreuung für Ratsmitglieder sind ein wichtiger Baustein der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik, haben aber nicht zu einem signifikanten Anstieg des Frauenanteils in der Kommunalpolitik geführt. Dieser stagniert seit Jahren bei rund einem Viertel. Für gewählte Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtags oder des Deutschen Bundestags fehlt es gänzlich an Regelungen in Bezug auf Mutterschutz und Elternzeit. Auch hier könnte die digitale Teilnahme die Vereinbarkeit erleichtern.